

BLICKPUNKT

Gemeinderatswahl 2014

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 07

Dezember 2013

Jahrgang 42

Strompreiserhöhung ab Januar 2014

Unnötig und durch Nichts gerechtfertigt!

Wieder einmal schlagen die Stromkonzerne zu. Der Strompreis steigt erneut und wiederum wird die Erhöhung der EEG-Umlage als Grund dafür genannt. Dabei ist diese Umlage nicht das Maß für den Preis oder den Erfolg der Energiewende.

Energiemultis entlastet

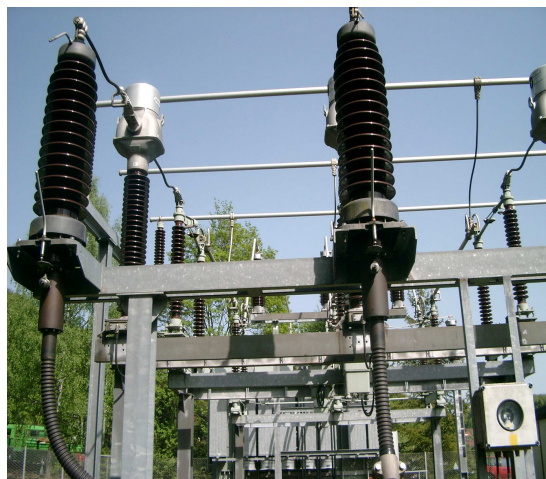
Zu mehr als einem Drittel resultiert die Steigerung aus der weitreichenden Befreiung, die immer mehr Industriebetriebe zulasten der Haushalte erhalten.

Während die EEG-Umlage auf der Stromrechnung ausgewiesen wird, kommt der sinkende Großhandelspreis beim Privatkunden nicht an. Auch der volkswirtschaftliche Nutzen fällt unter den Tisch. Eine transparente Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen findet wieder einmal nicht statt.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Deshalb sollte endlich einmal Schluss gemacht werden mit der Mär von den hohen Kosten der Energiewende. FAKT ist: Der Anstieg der Umlagebefreiung für Industriekunden und der sinkende Preis an der Strombörse führen dazu, die Umlage auf immer weni-

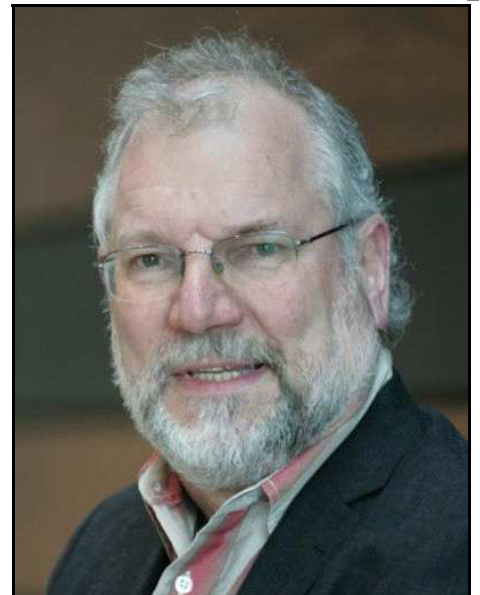
ger Schultern zu verteilen. Leidtragende sind die vielen Privathaushalte. Dabei sind nach einer Umfrage der Erneuerbare Energiewende Jetzt-Kampagne 93% der Bevölkerung in Deutschland für einen raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Den regierenden Parteien scheint dies jedoch egal zu sein. Sie setzen weiter auf Atom- und Kohlekraftwerke. Eine Fehlentwicklung, die nur mit der Profitgier der Stromkonzerne und



der Spekulanten an der Strombörse erklärbar sind. Dieser falschen Entwicklung müssen wir uns stellen.

Strompreise festschreiben

Die Lügen der Stromkonzerne müssen auf den Tisch und die Forderung, die Strompreise solange



Wilhelm Benz
DKP Kandidat zur
Gemeinderatswahl 2014

festzuschreiben, bis auch das letzte AKW vom Netz ist, muss in die Öffentlichkeit getragen werden. Sorgen wir dafür, dass es nicht weiter möglich sein darf, auf dem Rücken von Privathaushalten profitable Geschäfte mit der Energiewende zu machen.

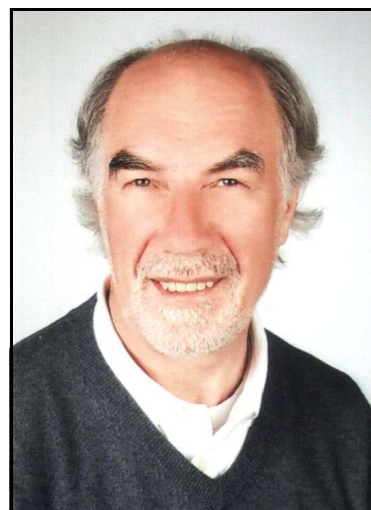
Stadtwerke Heidenheim AG

Unwiderlegt bleibt die Behauptung der DKP, dass die Sonder rabatte für die Großkunden, mit den Tarifen und Gebühren der Kleinkunden, sprich von den Haushalten bezahlt werden. Die Forderung der DKP an die Gemeinderäte und OB Ilg für „Gläserne Taschen“ und für mehr Bürgermitbestimmung bei den Stadtwerken zu sorgen, bleibt auf der kommunalen Tagesordnung.



Europawahl 2014

Stadtrat Reinhard Püschel auf der Bundesliste der DKP



DKP Stadtrat
Reinhard Püschel
Kandidat zur
Europawahl 2014

Liebe Heidenheimer Bürger und Bürgerinnen,
am 25. Mai 2014 sind wir in der EU zur Wahl aufgerufen. Bei der Gründung der EU haben die da „Oben“ uns Menschen Wohlstand und Frieden versprochen. Die Hoffnung auf die Vereinigung Europas und die Europäische Union waren bei vielen groß:



Ein soziales Europa mit Wohlstand.

Ein Europa mit einer gemeinsamen starken Währung, ohne lästigen Geldumtausch, mit steigenden Löhnen und steigender Kaufkraft.

Ein friedliches Europa ohne Kriege und Flüchtlingselend.

Ein weltoffenes Europa.

Ein Europa das gelernt hat aus Kriegen und Flüchtlingselend.

Doch wie sieht die Realität aus? Viele sprechen bereits davon, dass „Europa gescheitert“ ist. Gescheitert an seinen inneren Widersprüchen. Gescheitert an Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, zunehmendem Elend und Hoffnungslosigkeit – nicht nur an seiner Peripherie. Auch in Deutschland nimmt die Kluft zwischen arm und reich zu.

Deshalb kandidiert die DKP zu den Europawahlen. Die DKP will damit dem Kampf und Protest gegen das Europa der Banken und Konzerne in den Betrieben und auf der Straße eine Stimme geben. Die DKP will damit den dringend notwendigen außerparlamentarischen Widerstand hierzulande und in der gesamten EU stärken.

AKW-Katastrophenschutzplan

DKP fordert Bürgerversammlung

Die Betreiber des Atomkraftwerks Gundremmingen wollen mehr Strom aus den zwei Siedewasserreaktoren herausholen. Atomexperten (zwei ehemalige Aufsichtsbeamte) aber halten die zwei Reaktoren in Gundremmingen nicht für geeignet, mehr Strom zu liefern. Dafür gebe es zahlreiche Gründe. So würden die betroffenen Anlageteile nicht dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen. Im Konkreten geht es um die Bodenschweißnaht des Reaktordruckbehälters, die den erhöhten Spannungen nicht standhalten könne. Für nicht leistungsfähig genug bewerten die Experten auch das Not- und Nachkühlsystem der Reaktoren. Sie entsprechen ebenfalls nicht

dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik und könnten höhere Wärmelasten nicht abfüh-



ren. Noch nicht nachgerüstet sind Gerätschaften, die das Entstehen von Wasserstoff in den Brennelemente-Abklingbecken verhindern sollen. Mitte November 2013 haben Atomkraftgegner im AKW-

Neckarwestheim und an sechs weiteren Atommeilern Luftballons zeigen lassen. Die Ballons sollten zeigen, wie sich radioaktive Stoffe ausbreiten. Man wollte damit aufzeigen, dass ein wirkungsvoller Katastrophenschutz nicht möglich ist.

Die DKP-Heidenheim stellte mit ihrem DKP-Stadtratsmitglied Püschel einen Antrag an den Gemeinderat, dass die Stadt Heidenheim eine öffentliche Bürgerversammlung zum Thema Katastrophenschutz durchführen soll. Es gebe ein berechtigtes Interesse der Bevölkerung, über die Schutzpläne in unserer Stadt und im Landkreis zum AKW-Gundremmingen informiert zu werden.



Gebühren für Musikschule erneut angehoben

DKP-Stadtrat Püschel: Wenn die Stadt kein Geld hat, soll sie die Gewerbesteuer erhöhen!

Der Gemeinderat hat die Musikschulgebühren erhöht und das, obwohl eine Erhöhung schon im Januar 2013 erfolgte. Die Begründung seitens der Stadtverwaltung war: „Maßnahmen zu ergreifen, um den bisherigen Zuschussbedarf nicht noch weiter anwachsen zu lassen.“ In seinem Redebeitrag meinte Püschel, dass die Bildung

und dazu gehört auch der Musikunterricht, ein Grundrecht sei. Seiner Meinung nach habe ein musikalischer Unterricht auch eine besondere Wirkung auf die Entwicklung vor allem junger Menschen. „Hier müsse die Stadt Geld ausgeben!“ Die Gewerbesteuer, so der Redner, vor allem für die großen Unternehmen, sei schon viele

Jahre nicht angehoben worden. Der Stadtrat befürchtet, dass finanziell schwache Familien sich den Unterricht nicht mehr leisten können. Sein Antrag, die Erhöhung der Musikschulgebühren von der Tagesordnung zu streichen wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.



Frauenfußball

Mindestens sechs Spiele haben die Spielerinnen des Frauenfußballvereins Heidenheim (FFV) hintereinander gewonnen. Jetzt führen sie die Tabelle der Landesliga an. Mittlerweile aber werden die Trainingsmöglichkeiten für die Fußballerinnen schlechter. Der Platz im Waibertal bei Aufhausen ist unbespielbar geworden. Die Ausweichmöglichkeiten auf den Sportplatz in Königsbronn sind eingeschränkt. Wo sollen die erfolgreichen Frauenfußballerinnen nun spielen und trainieren fragte sich Stadtrat Püschel? Zusammen mit seinen Stadtratskollegen Mack und Fandrich formulierten sie einen Antrag an den Gemeinderat, in dem die Stadtverwaltung gebeten wird sich der Sache anzunehmen und dem Verein bei der Suche nach Trainingsmöglichkeiten zu helfen. Laut Aussage von OB Ilg und BM Domberg könnten Trainingsmöglichkeiten auf dem Sportplatz in Oggenhausen möglich sein.



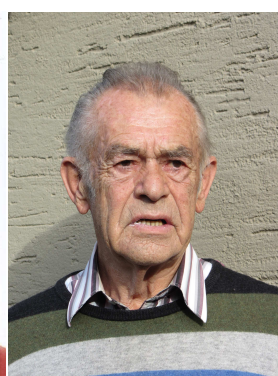
Kandidatinnen und Kandidaten zur Gemeinderatswahl 2014



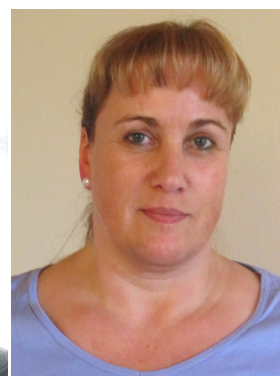
Johann Holzheu DKP
Imke Stricker parteilos



Waltraus Kasun parteilos.
Silvia Bauder parteilos



Peter Stricker DKP
Alexander Bloching parteilos



Gedenken - Widerstand

10. Jahrestag der Nazi-Morde vor der Heidenheimer Diskothek K2

Drei jugendliche Spätaussiedler, Viktor Filimonov, Waldemar Ickert und Alexander Schleicher, wurden in der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember 2003 von dem Neonazi Leonhard Schmidt mit gezielten Messerstichen ermordet.



Zum damaligen Zeitpunkt zählte Schmidt zu einer in unserer Region organisierten Nazi-Szene.

Nach einer langjährigen Jugendstrafe nahm sich der Täter nach seiner Haftentlassung im August 2012 in seiner Berliner Wohnung das Leben.

Eine kleine Gedanktafel mit der Inschrift „Heidenheim sagt Nein zur Gewalt“, erinnert am Tatort an dieses Verbrechen. Die DKP Heidenheim bezieht die Hinterbliebenen in ihr Gedenken ein, hofft und wünscht Ihnen für die Zukunft alle Gute.

Heute geht es darum, nicht nur an die Taten zurückzudenken, sondern die Menschen zu sensibilisieren, sich dieser gegenwärtigen neofaschistischen Entwicklung mit aller Kraft entgegen zu stellen.

Die vom Gemeinderat auf Antrag der Fraktion Die Linke/DKP und der stilistischen Ergänzung der SPD Fraktion beschlossenen Erklärung vom 15.05.2012 bleibt die Frage: Wo sind die antifaschistischen Vorhaben der Stadt Heidenheim geblieben? Hier gilt es nachzufassen.



Vergessene Tote?

Morde mit rechtsradikalem Hintergrund

Seit Jahren ist es den antifaschistischen Organisationen wie z.B. der VVN/BdA, den Autonomen Antifaschisten und auch der Amadeu-Antonio-Stiftung bekannt, dass die Zahl rechtsextremer Straftaten weit höher ist, als von den Sicherheitsbehörden festgestellt. Nach dem Schock über die NSU-Morde begann die Polizei die Archive zu durchforsten um unaufgeklärte Fälle unter die Lupe zu nehmen - allerdings nur jene, in denen es keine Tatverdächtigen gab. Bei der Durchforstung von 3.300 Tötungsdelikten und Tötungsversuchen im Zeitraum von 1990 bis 2011 fand die Polizei 746 Fälle, die Anhaltspunkt für ein mögliches rechtes Tatmotiv sind.

Den von den Sicherheitsbehörden im Zeitraum seit der Wiedervereinigung gezählten, 63 Todesopfer durch rechte Gewalt stehen 184 Tote gegenüber, die von antifaschistischen Bündnissen gezählt wurden. Auf Baden-Württemberg entfallen 216 sog. Altfälle die zu untersuchen wären.

Im Jahre 2012 wurden 40 Gewaltdelikte mit rechtsextremem Hintergrund gezählt. Das Landeskriminalamt geht von 327 gewaltbereiten Rechtsextremisten in Baden-Württemberg aus.

Den Vorwurf, dem die Behörden, von der Polizei über die Rathäuser bis hin zu den Verwaltungsgerichten ausgesetzt sind, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein, können sie in der Zukunft durch eigenes antifaschistisches Handeln entkräften.



Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
**BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld**
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Hat die Mappus-CDU doch Dreck am Stecken?

Stuttgart 21
www.kopfbildm21.de

Nicht vergessen ist der 30. September 2010 der „Schwarze Donnerstag“, der Tag an dem die Polizei mit Wasserwerfer auf die Stuttgarter Demonstranten schoss, die friedlich gegen die Baumfällaktion im Stuttgarter Schlosspark demonstrierten. SPD und Grüne machten für das massive Vorgehen den damaligen Ministerpräsi-

denten Mappus (CDU) verantwortlich. Mappus und seine damalige CDU/FDP Koalition bestritten, politischen Einfluss auf den Polizeieinsatz genommen zu haben. Der „Stuttgarter Zeitung“ und dem „Spiegel“ zufolge sind neue E-Mails aufgetaucht, die neue Fragen zum Handeln der damaligen Regierung

Mappus, aufwerfen. Dieser Polizeieinsatz muss neu aufgerollt werden. In einem Untersuchungsausschuss müssen, die der Staatsanwalt seit 2012 vorliegenden Akten, zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann die Öffentlichkeit erfahren mit welchen Machenschaften die Mappus-CDU in Stuttgart vorgegangen ist.

Deutsche Außenpolitik -Ukraine-

Lebensraum im Osten?

Eine Partnerorganisation der NPD trägt den Protest

Nicht erst unter der Merkel-CDU, bereits das wilhelminische Kaiserreich und der Deutsche Hitlerfaschismus waren politische Kräfte, die mit der Einverleibung der Ukraine einen Lebensraum für Deutsche mit Vernichtungskrieg schaffen wollten. Heute ist es die EU und Deutschland, die mit feineren, mit ökonomischen Methoden, das Ziel, die Ukraine an die EU und Deutschland zu binden versuchen. Die EU und Deutschland kooperieren mit der von ihnen organisierten, rechtspopulistischen Protestbewegungen. So z.B. gehört eine Partnerorganisation der NPD, die Partei Swoboda, zu den tragenden Kräften der Pro-EU-Demonstrationen. Ihr Parteiführer Tiahnybok hat als Ziel seiner Partei angegeben, man wolle die Ukraine von einer „Moskau-jüdischen Mafia“ befreien um sie nach Europa zu führen. Über enge Beziehungen verfügen auch andere Parteien, die die aktuellen Pro-EU-Demonstrationen tragen. So kooperiert die Partei der inhaftierten Politikerin Timoschenko mit der CDU. Die Partei UDAR des Profi-Boxers Klitschko ist nach Auskunft eines CDU Politikers im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) gegründet worden. Beide Parteien arbeiten seit letztem Jahr eng mit der Antsemiten-Partei Swoboda - in einer Art Bündnis für die Anbindung der Ukraine an die EU zusammen. Bei einem Treffen des deutschen Botschafters in der Ukraine mit dem Vorsitzenden der extrem rechten Partei Swoboda ist schon im Frühjahr ein etwaiger Sturz der Kiewer Regierung thematisiert worden. Dies geht aus Mitteilungen von Swoboda hervor. Demnach habe sich das Gespräch damals allgemein um das Assoziierungsabkommen mit der EU und um "Auswege aus der politischen Krise" gedreht; dabei sei auch erwähnt worden, das "antiukrainische Regime" Janukowitsch könne gekippt werden. Das Treffen, das kurz vor dem Besuch einer Swoboda-Delegation bei der NPD stattfand, war eingebettet in eine ganze Reihe von Zusammenkünften der Swoboda-Parteispitze mit teilweise hochrangigen Diplomaten aus der EU und aus Nordamerika. Beschämend und doppelzünftig ist diese Außenpolitik die von der Bundes-CDU abgesichert ist. Beschämend weil sich die BRD in übelster Form in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischt. Doppelzünftig und hinterhältig, weil sich die CDU hier in den Bundesländer für ein NPD-Verbot einsetzt in Berlin aber mit Faschisten, Antisemiten und Rechtspopulisten in der Ukraine zusammenarbeitet und kooperiert.

